

Konjunkturlage in Deutschland

Grundtendenzen

Begleitet von einem günstigen internationalen und europäischen Umfeld hat die deutsche Wirtschaft einen recht guten Start in das Jahr 2000 gehabt. Die kräftige konjunkturelle Dynamik der jetzigen Wachstumsphase, die in den Sommermonaten letzten Jahres begonnen hatte, führte zu einer stetig steigenden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten. Hiervon hat auch der Arbeitsmarkt sichtlich profitiert. Positiv fällt außerdem ins Gewicht, dass in der diesjährigen Lohnrunde bislang Abschlüsse für das laufende und das kommende Jahr vereinbart wurden, die den gesamtwirtschaftlichen Anforderungen an eine stabilitätsgerechte und beschäftigungsfördernde Tarifpolitik durchaus Rechnung tragen. Das Preisklima blieb weitgehend ruhig, was ebenfalls eine wichtige Bedingung für eine weitere Festigung des Aufschwungs darstellt. Auf der Verbraucherstufe verringerte sich der Preisanstieg zuletzt deutlich. Die gemessene Teuerungsrate hat sich wieder stärker an die statistische Kernrate, die temporäre Preisbewegungen auszuschalten versucht, angenähert.

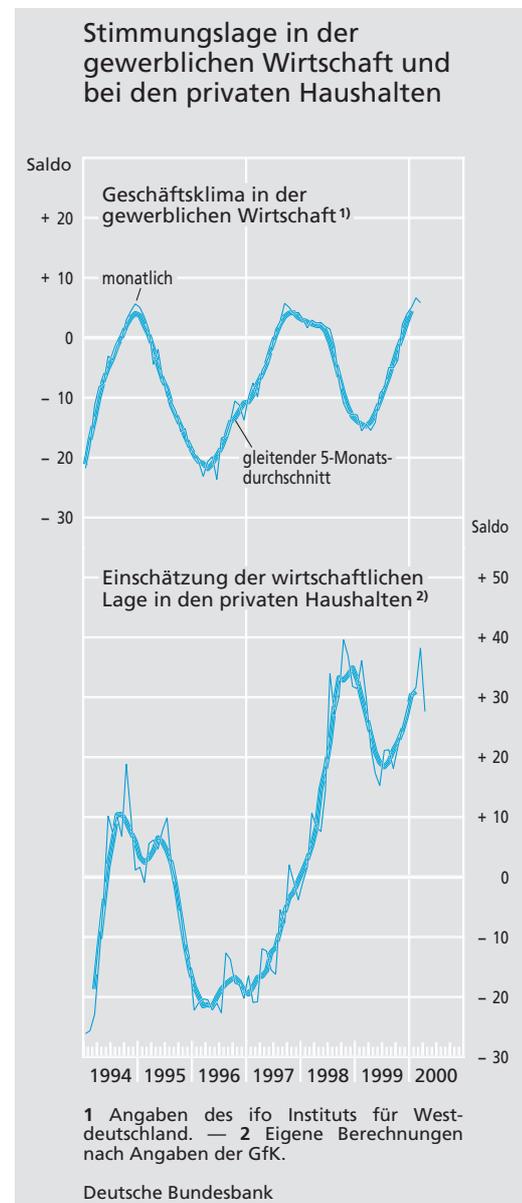
*Kräftiges
gesamtwirtschaftliches
Wachstum*

In der Industrie sowie einigen anderen Wirtschaftszweigen kam es zwar um die Jahreswende 1999/2000 zu einer zeitweiligen Beruhigung im Produktionsprozess, weil wohl nicht wenige Firmen die Fertigung im Zusammenhang mit den vielfach erwarteten Computerproblemen bei der Umstellung auf das neue Jahrtausend kurzfristig drosselten und die Stillstandszeiten teilweise über die Feiertage hinaus verlängert wurden. Als sich dann aber schnell herausstellte, dass die Befürch-

tungen ernsthafter Störungen sich nicht bewahrheiteten und der kalendarische Übergang dank umfangreicher technischer und organisatorischer Vorbereitungen weitgehend reibungslos verlief, ist die Produktion wieder zügig ausgeweitet worden. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung dürfte sich nach ersten eigenen Einschätzungen im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres gegenüber dem Schlussquartal 1999 um $\frac{3}{4}\%$ erhöht haben. Im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahrszeit bedeutet das eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um rund $2\frac{1}{4}\%$; das war etwa ebenso viel wie im Herbst letzten Jahres. Dabei sind sowohl die jahreszeitlich üblichen Schwankungen der Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigt als auch der Einfluss einer unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen.¹⁾ Kalendermonatlich gerechnet erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um schätzungsweise knapp $3\frac{1}{2}\%$ nach $2\frac{1}{2}\%$ im vierten Quartal 1999.

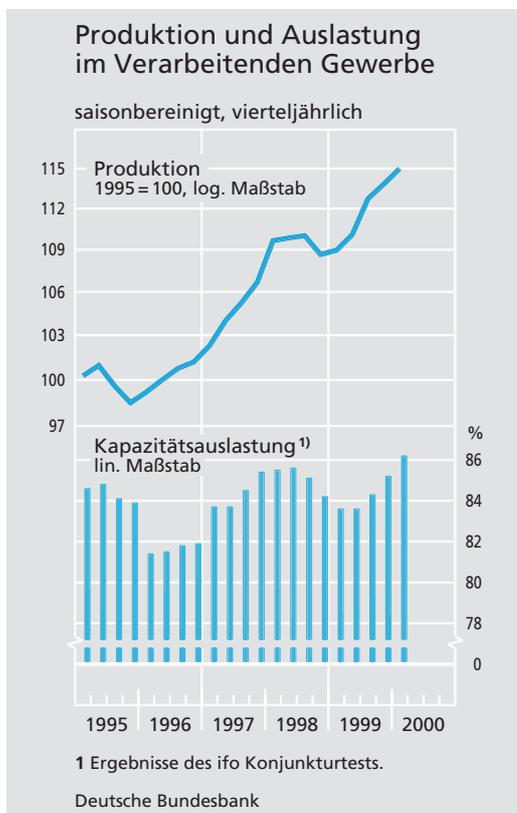
*Industrie erneut
Wachstums-
motor*

Wesentliche Wachstumsimpulse gingen wiederum vom Verarbeitenden Gewerbe aus. Insbesondere die Geschäftsabschlüsse mit dem Ausland waren weiterhin sehr umfangreich. Nicht nur passte sich das Angebot der deutschen Industrie erfolgreich in eine kräftig wachsende Weltwirtschaft ein, hinzu dürfte auch eine derzeit hohe preisliche Attraktivität gekommen sein. Gleichzeitig nahmen die Inlandsaktivitäten deutlich zu. Eine stark steigende Auslastung ließ eine Aufstockung der Produktionskapazitäten immer dringlicher erscheinen. Wenngleich bei der Befriedigung der steigenden Inlandsnachfrage vielfach ausländische Anbieter den Zuschlag erhielten,



kamen vermehrt auch deutsche Lieferanten zum Zuge. So hat sich die Stimmung in der Industrie bis in die jüngste Zeit hinein verbessert. Nach den Umfragen des ifo Instituts erhöhte sich das Übergewicht der positiven Ein-

¹ Es ist allerdings nicht sicher, in welchem Umfang Besonderheiten, wie sie beispielsweise diesmal mit dem Schaltjahr verbunden waren, einkalkuliert werden können; auch ein vergleichsweise milder Winter wie in diesem Jahr hat für sich genommen produktionserhöhende Wirkungen, die die konjunkturelle Grundtendenz leicht überzeichnen dürften.



stufungen gegenüber den noch zurückhaltenden Urteilen bei der aktuellen Geschäftslage auf einen seit fast zwei Jahren nicht mehr erreichten Stand. Die Geschäftserwartungen für das nächste halbe Jahr wurden sogar so günstig eingestuft wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Positive Impulse bei den Dienstleistern, Einzelhandel verhalten

Mit der anhaltenden Belebung in der Industrie hellte sich auch die Lage bei den unternehmensnahen Dienstleistern weiter auf. Den Angaben des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) nach ist die aktuelle Entwicklung im ersten Vierteljahr 2000 nochmals etwas günstiger ausgefallen. Die Beschäftigung, für die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1999 eine Wende zum Besseren zu erkennen war, soll weiter erhöht werden. Darüber hinaus blickte nach ifo-Angaben der

Einzelhandel in den ersten Monaten des laufenden Jahres vergleichsweise optimistisch in die Zukunft. Die Erwartungen mögen dabei durch die aus den Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) bekannten positiven Urteile der privaten Haushalte über die Einkommens- und Konjunkturaussichten gestützt worden sein. Die Anschaffungsneigung der Konsumenten blieb allerdings zuletzt deutlich hinter den Spitzenwerten von Anfang 1999 zurück. Auch die Umsätze des Einzelhandels sind nach der amtlichen Statistik in den ersten Monaten 2000 merklich niedriger ausgefallen als im Herbst letzten Jahres.

Die Lageeinschätzungen in der Bauwirtschaft blieben zu Beginn des Jahres 2000 überwiegend pessimistisch. Zudem signalisiert der Anstieg der Produktion des Bauhauptgewerbes kaum eine nachhaltige positive Wende; vielmehr hing die Zunahme vornehmlich mit den bereits erwähnten Kalenderbesonderheiten sowie dem milden Winterwetter zusammen. Auch die Entwicklung der Auftragseingänge in den Wintermonaten deutet nicht auf einen baldigen Umschwung hin.

Ungünstige Lage in der Bauwirtschaft

Trotz dieser Entwicklung in der Bauwirtschaft hat sich die Lage am Arbeitsmarkt gebessert. Der Arbeitskräfteeinsatz hat seit Herbstanfang 1999 deutlich zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich kräftig. Der Rückgang war auch zuletzt stärker, als der Beschäftigungsbelebung entsprochen hätte, weil das Arbeitskräfteangebot weiter abnahm. Ende April sank die Arbeitslosenquote in der Rechnung der Bundesanstalt für Arbeit erstmals seit 1995 saisonbereinigt wieder unter 10%.

Besserung am Arbeitsmarkt

Produktion und Arbeitsmarkt

Erzeugung des Verarbeitenden Gewerbes

Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im ersten Vierteljahr 2000 saisonbereinigt weiter um rund 1½ % gegenüber dem Herbst 1999, in dem bereits ein ähnlich gutes Ergebnis erreicht worden war. Der Zuwachs im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahrszeit vergrößerte sich auf 6½ %, nach 4 % im Herbst 1999.²⁾ Die Kapazitätsauslastung hat spürbar zugenommen. Den Angaben des ifo Instituts nach erhöhte sich der Nutzungsgrad der Anlagen von Dezember 1999 bis zum März 2000 saisonbereinigt um einen Prozentpunkt. Er erreichte damit ein so hohes Niveau, wie es seit Anfang der neunziger Jahre, dem Beginn der Aufzeichnungen für Deutschland insgesamt, noch nicht festzustellen war. In den alten Bundesländern allein wurde der Bereich der mittelfristig durchschnittlichen Auslastung zuletzt um mehr als vier Prozentpunkte überschritten.

Einzelne Industrie- branchen

Am stärksten ausgeweitet wurde die Erzeugung bei den Herstellern von industriellen Gebrauchsgütern, die damit eine vorübergehende Beruhigung im Herbst vergangenen Jahres wieder wettmachten. Nicht nur im Bereich der Unterhaltungselektronik war die Produktion lebhafter als zuvor, auch die Automobilproduktion wurde erneut hochgefahren. Deutliche Zuwächse waren darüber hinaus bei den Produzenten von Investitionsgütern zu verzeichnen. Hier hat erstmals seit längerem der Maschinenbau seinen Absatz kräftig erhöht. Folgt man den Umsätzen, so legte neben dem Auslands- auch das Inlandsgeschäft merklich zu. Dagegen konnten die

Produktion und Auslastung im Bauhauptgewerbe

saisonbereinigt, vierteljährlich



1 Ergebnisse des ifo Konjunkturtests; Westdeutschland.

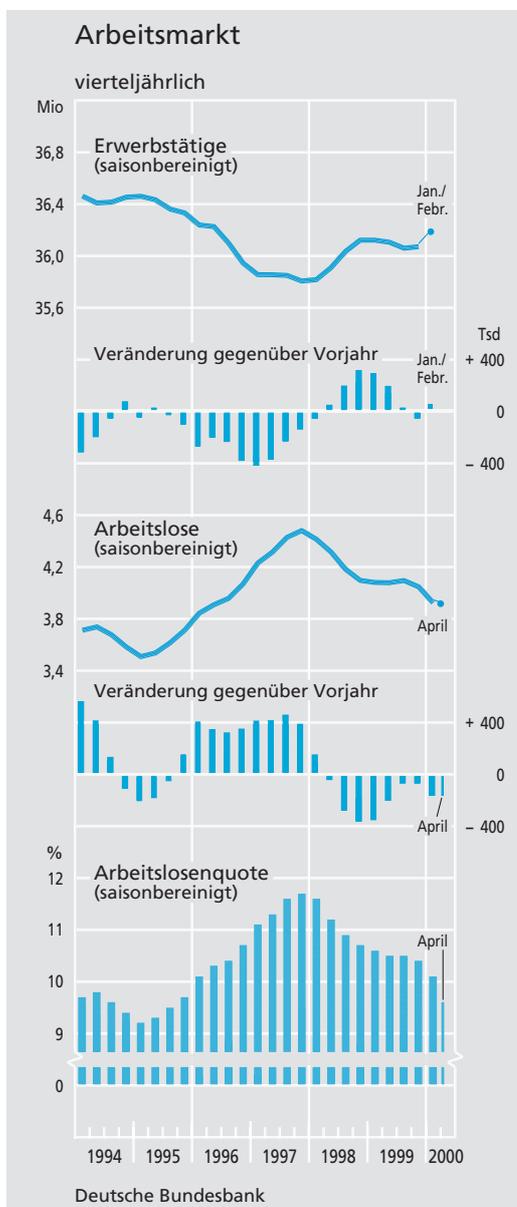
Deutsche Bundesbank

Hersteller von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen nicht mehr ganz an die Erfolge des vergangenen Jahres anknüpfen, wengleich sich die Produktionssteigerungen gegenüber dem Vorjahr weiterhin in einem hohen zweistelligen Bereich bewegten. Die Erzeugung von Vorleistungsgütern hielt sich in den Wintermonaten weitgehend auf dem Niveau vom Herbst letzten Jahres, was im Zwölfmonatsvergleich eine Zunahme um rund 6 % bedeutet.

Die Produktion des Bauhauptgewerbes ging im Mittel der ersten drei Monate 2000 nach

Produktion
des Bauhaupt-
gewerbes

2 Diese Angaben müssen jedoch noch als vorläufig angesehen werden, da für die Anpassung der monatlichen Ergebnisse an die Vierteljährliche Erhebung noch keine exakten Informationen zur Verfügung stehen; verwendet wurden vielmehr Korrekturfaktoren vom vergangenen Jahr.



Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen um nahezu 1% über das vierte Quartal hinaus. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs von ebenfalls 1%, nach 2 ½ % im Herbst 1999. Dieses Ergebnis ist aber nicht als Zeichen einer positiven Entwicklung in der Bauwirtschaft zu werten; es hängt vielmehr vor allem mit dem guten Februar zusammen. In diesem Monat war die Erzeugung wegen der nur geringen witterungs-

bedingten Behinderungen und wohl auch auf Grund des Schaltjahreffekts in der saisonbereinigten Betrachtung um mehr als ein Zehntel höher als in der restlichen Zeit des Vierteljahres. Der Vorjahrsabstand lag mit über 20 % gleichfalls weit über dem Niveau der beiden anderen Quartalsmonate, die im Schnitt das Ergebnis von 1999 nicht erreichten. Darüber hinaus mag eine Rolle gespielt haben, dass mit dem Gesetz zur Neuordnung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft die witterungsbedingten Entlassungen geringer als zuvor ausgefallen sind. Auch die Kapazitätsauslastung in den westdeutschen Betrieben übertraf im Februar nach den Angaben des ifo Instituts das Vergleichsniveau der letzten vier Jahre deutlich.

Die besondere Konstellation von milder Witterung und Neuordnung der Baubeschäftigung hat die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Monaten um die Jahreswende ebenfalls beeinflusst. Zumindest war der Anstieg der Zahl der Erwerbslosen in den Bauberufen vom Herbst 1999 an bis zum Februar 2000, in dem gewöhnlich der winterliche Höchststand erreicht wird, dieses Mal geringer als früher. Statt einer Zunahme wie beispielsweise im Winter 1996/97 um 215 000 kam es jetzt lediglich zu einem Anstieg um 135 000. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich bei einem in etwa gleichen Ausgangsniveau lediglich auf 325 000, gegenüber 400 000 damals. Damit hielt sich auch der spätere Abbau der Winterarbeitslosigkeit in vergleichsweise engen Grenzen. Ähnliches gilt für andere Außenberufe, zu denen neben den Bauhandwerkern insbesondere die land- und forstwirtschaftlichen Berufsgruppen zäh-

*Sondereinflüsse
am Arbeitsmarkt*

len. Zwar lässt hier der Datenstand eine etwas weiter zurückreichende Betrachtung nicht zu; die vorliegenden Informationen deuten aber auf eine vergleichbare Entwicklung hin. Immerhin waren solchen Berufen im Februar 2000 rund zweieinhalb mal so viele Arbeitslose zuzuordnen wie dem unmittelbaren Baubereich.

*Rückgang der
Arbeitslosigkeit*

Diese Vorgänge haben sicherlich wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt, also nach Ausschaltung der im mehrjährigen Durchschnitt üblichen Bewegungen, in den ersten Wintermonaten recht kräftig gesunken ist, mit Beginn des Frühjahrs aber kaum mehr abgenommen hat. Ende April meldete die Bundesanstalt für Arbeit saisonbereinigt 3,93 Millionen Arbeitslose. Das waren etwa 190 000 Personen weniger als im Herbst vorigen Jahres.

*Regionale
Differenzierung*

Die Arbeitslosenquote belief sich Ende April nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit saisonbereinigt auf 9,6%, nach 10,1% im vorangegangenen Monat. Dieser Rückgang ist zu einem wesentlichen Teil auf eine statistisch bedingte, kräftige Erhöhung der Zahl der Erwerbspersonen zurückzuführen, die weit überwiegend durch eine stärkere Berücksichtigung geringfügig beschäftigter Personen bedingt ist. In Westdeutschland war der Arbeitsmarkt von der fortschreitenden Konjunktur deutlich begünstigt; hier betrug die Quote zuletzt 7,8%. In Ostdeutschland dagegen lag der Arbeitslosenanteil Ende April bei 17,3%. Das war ebenso viel wie zwölf Monate zuvor. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Arbeitsmarktförderung in Form von beschäftigungschaffenden Maßnahmen

wie auch durch berufliche Weiterbildung eingeschränkt worden ist. Zusammen ist die Zahl der an diesen Programmen Beteiligten binnen eines Jahres um rund 150 000 gesunken.

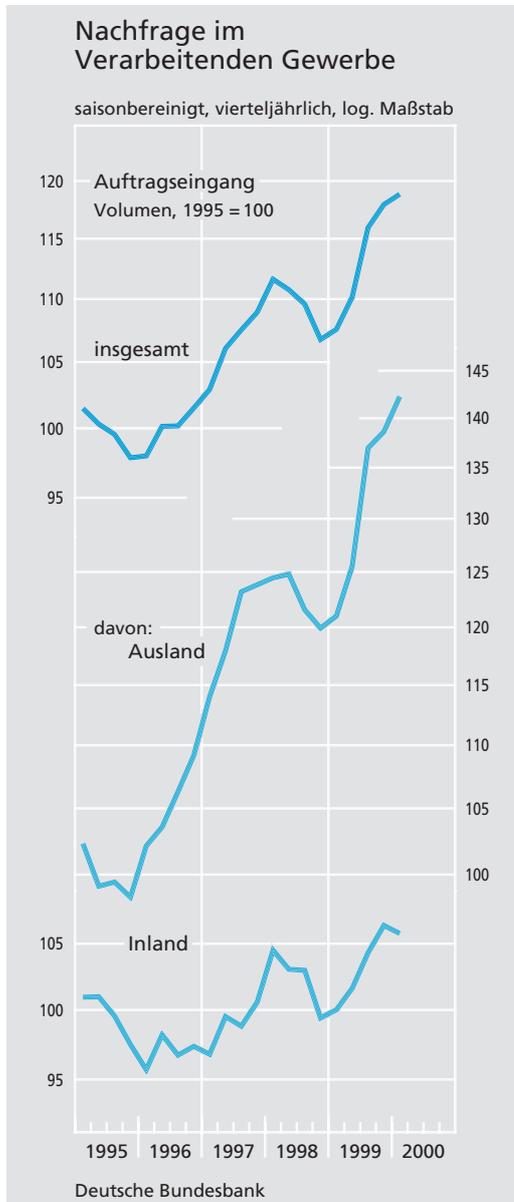
Die Beschäftigung in der deutschen Wirtschaft ist in den ersten beiden Monaten des Jahres weiter gestiegen. Im Februar, bis zu dem die Schätzungen des Statistischen Bundesamtes gegenwärtig reichen, betrug die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt 36,22 Millionen (verglichen mit 36,15 Millionen im ersten Quartal 1999). Damit wurde der Stellenabbau, der vom Winter bis in den Herbst vergangenen Jahres zu verzeichnen gewesen war, mehr als ausgeglichen.

*Zunahme der
Erwerbs-
tätigkeit*

Auftragslage

Der Auftragseingang beim Verarbeitenden Gewerbe hat sich nach einer vorübergehenden Beruhigung um die Jahreswende 1999/2000 in den folgenden Monaten wieder deutlich belebt. Im ersten Quartal insgesamt, dessen zusammenfassende Betrachtung sich zur Kennzeichnung der aktuellen Tendenz empfiehlt, wurde der schon hohe Vergleichsstand vom Herbst vergangenen Jahres saisonbereinigt um gut 1% übertroffen. Gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit haben sich die Geschäftsabschlüsse um 11% erhöht, was etwas mehr war als im vierten Quartal 1999. Wie das ifo Institut berichtet, hielt sich die Reichweite der Auftragsbestände damit saisonbereinigt auf dem guten Niveau von Ende vergangenen Jahres. Ihre Beurteilung durch die Unternehmen verbesserte sich weiter.

*Auftrags-
eingang im
Verarbeitenden
Gewerbe*



Auslands-
nachfrage

Entscheidenden Anteil an der weiteren Ausweitung des Auftragsstroms hatten erneut die Bestellungen aus dem Ausland. Diese verzeichneten saisonbereinigt im Mittel der ersten drei Monate des Jahres eine Zunahme um 3%, das Vorjahrsniveau übertrafen sie um 18¼%. Weit überdurchschnittlich hat sich dabei die Nachfrage nach Erzeugnissen der Investitionsgüterproduzenten erhöht. Insbesondere der Maschinenbau, der längere

Zeit etwas im Schatten gestanden hatte, legte kräftig zu. Lebhaft gefragt blieben daneben nachrichtentechnische Einrichtungen sowie Geräte zur Mess- und Regelungstechnik sowie Optik. Sowohl der Bereich der Vorleistungsgüter, der über weite Strecken des vergangenen Jahres eine Spitzenposition eingenommen hatte, wie auch die Gebrauchs- und Verbrauchsgütersparte konnten damit nicht mithalten.

Die Inlandsnachfrage, die im Herbst 1999 deutlich zugelegt hatte, verlor in den ersten Monaten des Jahres – saisonbereinigt betrachtet – etwas gegenüber dem zuvor erreichten Niveau. Das Vorjahrsergebnis überschritt sie um 6%, was weniger war als im letzten Viertel des vergangenen Jahres. Vergleichsweise gut abgeschnitten hat der Investitionsgüterbereich, wobei Büromaschinen und Geräte der Nachrichtentechnik weiterhin vorne lagen. Daneben gewann der Maschinenbau etwas an Schwung, während der Fahrzeugbau zurückblieb. Bei den Gebrauchsgütern verzeichneten speziell die Hersteller von Radio- und Fernsehgeräten positive Akzente. Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern blieb hoch.

Inlands-
nachfrage

Die Auftragslage in der Bauwirtschaft hat sich auch zu Jahresbeginn 2000 nicht gebessert. Die vom Bauhauptgewerbe gemeldeten Geschäftsabschlüsse waren saisonbereinigt im Zweimonatsabschnitt Januar/Februar nochmals etwas niedriger als im vierten Quartal vergangenen Jahres. Der Rückstand im Zwölfmonatsvergleich, der im Herbst bereits 6¼% betragen hatte, vergrößerte sich auf über ein Zehntel. Am deutlichsten haben die öffent-

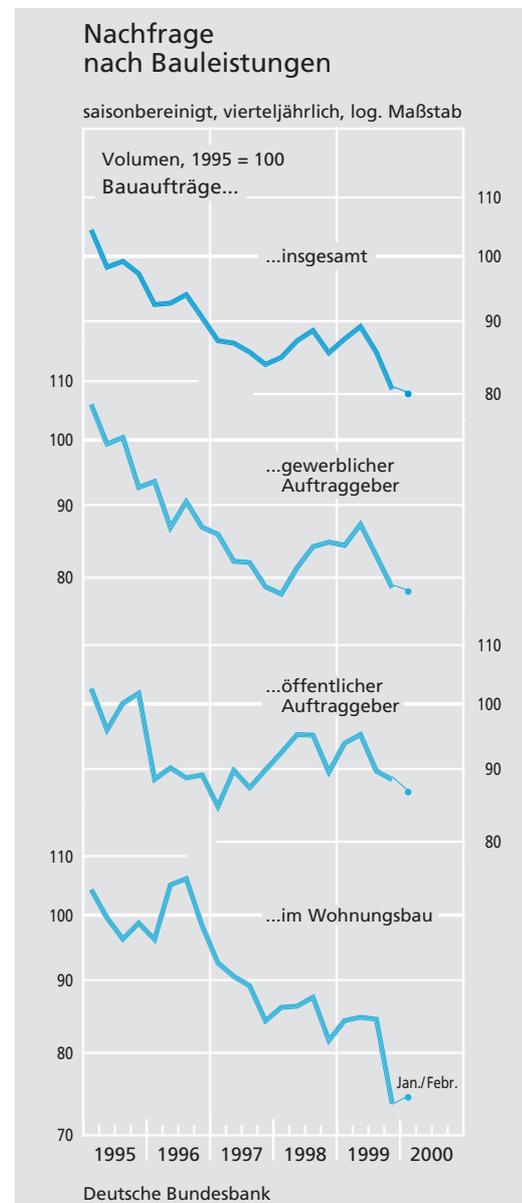
Auftrags-
eingang beim
Bauhaupt-
gewerbe

lichen Auftraggeber zu Jahresbeginn ihre Vergabetätigkeit eingeschränkt, doch hielt sich auch die gewerbliche Wirtschaft mit Aufträgen an die Bauwirtschaft zurück. Orientiert man sich an den Baugenehmigungen, die allerdings gegenwärtig wegen statistischer Umstellungsarbeiten nur bis Ende 1999 vorliegen, so waren neben Büro- und Verwaltungsgebäuden auch Fabrik- und Werkstattgebäude wenig gefragt. Etwas günstiger war die Lage lediglich bei Handels- und Lagergebäuden. Im Wohnungsbau sind die Auftrags-eingänge im Januar/Februar saisonbereinigt zwar nicht geringer als im Jahresschlussquartal 1999 gewesen; bereits damals aber waren sie auf einen recht niedrigen Stand gesunken. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer. Hier hat sich das Ordervolumen nach einem beinahe stetigen Rückgang inzwischen gegenüber 1995 nahezu halbiert. Gleichzeitig ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen gestiegen. In Westdeutschland stellt sich die Situation weitaus weniger ungünstig dar, aber auch hier sind die Genehmigungen für den Bau von Wohnungen im vergangenen Jahr rückläufig gewesen.

Preise und Löhne

*Verringerter
Anstieg der
Verbraucher-
preise*

Der Preisanstieg in Deutschland hat sich im April erstmals seit längerer Zeit wieder deutlich abgeschwächt. Gemessen an der Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Teuerung für die privaten Haushalte auf 1,5%. Im Monat zuvor war mit 1,9% der höchste Stand seit Ende 1997 erreicht worden. Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex, der gegenüber dem



nationalen Index einige Besonderheiten aufweist (vgl. Erläuterungen auf S. 40), zeigt sich ein ähnliches Muster.

Der aktuelle Preisanstieg näherte sich damit den Werten für Indikatoren der so genannten Kerninflation, welche die nicht durch Sonderinflüsse geprägte etwas längerfristige Preistendenz kennzeichnen soll, wieder merklich an. Wenngleich die Bestimmung solcher

Kerninflation

Indikatoren für die Preisentwicklung in Deutschland

Veränderung gegen Vorjahr in %

Position	1999		2000	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	April
Gemessene Teuerungsrate Verbraucherpreise	0,7	1,0	1,7	1,5
Statistische Kernraten 1) Verbraucherpreise ohne Saison-Nahrungsmittel und Energie	0,1	0,2	0,7	0,9
Verbraucherpreise mit modifizierten Gewichten 2)	0,5	0,5	0,8	0,8
5 %-getrimmter Mittelwert 3)	0,6	0,6	0,8	0,8
Gewichteter Median 4)	0,9	0,7	1,0	0,9

1 Eigene Berechnungen. — 2 Reduzierung der Gewichte volatiler Komponenten. — 3 5 %-Ausgrenzung von Komponenten mit starken/geringen Preisveränderungen. — 4 Preisveränderung der Komponente, die 50 % der kumulierten Einzelgewichte erreicht.

Deutsche Bundesbank

Kernraten nicht eindeutig ist und verschiedene Ansätze zu unterschiedlichen Ergebnissen führen,³⁾ so dürfte die Kerninflation gegenwärtig weitgehend einer Vorjahrsrate von knapp 1% entsprechen.

Energie

Wesentlich für die Abschwächung des Preisauftriebs war die Preisentwicklung im Energiebereich. Hier war zum einen der Basiseffekt der Anhebung der Energiesteuern vom April vergangenen Jahres zu verzeichnen, hinzu kamen zum anderen Preissenkungen für Heizöl und Benzin im Gefolge der auf den internationalen Märkten im April zurückgegangenen Ölpreise. Insgesamt verringerten sich die Verbraucherpreise für Energie gegenüber dem Vormonat um rund 1½ %, der Anstieg im Vorjahrsvergleich nahm von 18 % im März auf etwa 9¼ % ab.

Demgegenüber ist die Jahresteuersrate im Bereich der Dienstleistungen deutlich auf 2¼ % gestiegen. Dies hing vor allem damit zusammen, dass wegen des späten Ostertermins die sonst im April üblichen Preissenkungen bei Pauschalreisen nur gering ausfielen. Da bei vielen anderen Dienstleistungen aber keine besonderen Preisbewegungen zu verzeichnen waren, kann in der nächsten Zeit wohl wieder mit einer Beruhigung der Dienstleistungspreise gerechnet werden.

Dienstleistungen

Bei den Wohnungsmieten ergab sich auch zuletzt ein Anstieg im Vorjahrsvergleich von gut 1¼ %. Im Einzelnen standen dabei vergleichsweise geringe Anhebungen für Neubauwohnungen – hier wurden wahrscheinlich beim Erstbezug höhere Mietentgelte vereinbart – stärkere Verteuerungen im Bereich der vor 1948 errichteten Altbauten gegenüber. Auch die Nebenkosten, zu denen neben Frisch- und Abwasser unter anderem Gebühren für die Müllabfuhr sowie die Grundsteuer zählen, sind überdurchschnittlich heraufgesetzt worden.

Wohnungsmieten

Deutlich preisdämpfende Wirkungen gingen bis in die jüngste Zeit hinein von den Nahrungsmitteln aus. Insgesamt unterschritten deren Preise im April den Stand des Vorjahres um rund 1½ %. Am stärksten waren die Preisrückgänge bei Obst und Gemüse, aber auch Fleisch und Fleischwaren sowie Zucker und Konfitüren waren preiswerter als 1999.

Nahrungsmittel

³ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Kerninflationsraten als Hilfsmittel der Preisanalyse, Monatsbericht, April 2000, S. 49 – 63.

*Gewerbliche
Waren*

Kaum teurer geworden sind binnen Jahresfrist gewerbliche Waren für die privaten Haushalte. Hier wurde das Preisniveau von 1999 im April um lediglich 0,2 % überschritten. Während für Bücher und Zeitungen sowie Tabakwaren mehr als vor zwölf Monaten bezahlt werden musste, blieben Haushaltsgeräte sowie Funk-, Fernseh- und Computerausrüstungen bis zuletzt merklich billiger als im Vorjahr.

*Industrielle
Erzeugerpreise*

Auch die Abgabepreise der Industrie für Verbrauchs- und Verbrauchsgüter sind in den letzten zwölf Monaten nur wenig angehoben worden. Den Vorjahrsstand überschritten sie zusammen im März lediglich um 0,1 %. Nicht viel stärker waren mit einer Jahresrate von 0,4 % die Preisbewegungen im Bereich der Investitionsgüter. Wenn gleichwohl die Vorjahrsrate für die Erzeugerpreise der Industrie insgesamt im März 2,4 % betrug, so hängt das zu einem guten Teil mit den Nachwirkungen der vorausgegangenen starken Ölverteuerung bei Vorleistungsprodukten zusammen.

Einfuhrpreise

Bei den Einfuhrpreisen hat die Preisberuhigung im Ölbereich immerhin dazu geführt, dass der Vorjahrsabstand im März erstmals seit 15 Monaten nicht mehr zugenommen hat. Im Februar und März belief er sich auf knapp 11%. Die Mäßigung wäre noch stärker ausgefallen, wenn nicht der Euro insbesondere gegenüber dem US-Dollar weiter an Wert verloren hätte.

Ölpreise

Die internationalen Ölnotierungen sind von ihrem Höchststand Anfang März, als ein Barrel Nordseeöl der Marke Brent 32 ¼ US-\$ ko-



Harmonisierte Verbraucherpreisindizes

Die Preisentwicklung in der Europäischen Währungsunion wie auch in der Europäischen Union insgesamt wird anhand des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessen. Erstmals wurde ein solcher Index für Januar 1997 vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht. Er basiert auf den harmonisierten Indizes der 11 beziehungsweise 15 Mitgliedsländer der jeweiligen Wirtschaftsräume.

Die Verbraucherpreise werden dabei von den nationalen statistischen Ämtern für die einzelnen Gebiete nach einem einheitlichen Schema erhoben. Dies gilt einmal für die Auswahl der einbezogenen Güter und Dienste, den Warenkorb. Die Einteilung lehnt sich sehr stark an die Klassifikation des individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken (COICOP) an. Zum anderen gibt es gemeinsame Verfahrensregelungen und Standards. Insbesondere geht es dabei um die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen bei den beobachteten Waren und Diensten, um die Verknüpfung der ermittelten Einzelpreise zu einer Indexzahl sowie das Vorgehen bei einer zeitweise – zum Beispiel wegen Betriebsferien – nicht möglichen Preiserhebung. Ferner ist festgelegt, wie statistisch vorzugehen ist, wenn Produkte aus dem Markt genommen oder neue Erzeugnisse angeboten werden.

Schließlich ist entschieden worden, dass regionale Besonderheiten in den Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte zu wahren sind. Änderungen der Konsumgewohnheiten werden einmal jährlich berücksichtigt, was technisch gesehen zu einem Kettenindex führt. Im Hinblick auf die Zusammenfassung der Einzelpreise der Waren und Dienste zu einer einzigen Indexziffer gibt es kein gemeinsames EU- oder EWU-weites Wägungsschema. Die nationalen Preisindizes werden entsprechend den jeweiligen Konsumanteilen zu einem EWU- beziehungsweise EU-Index zusammengewogen.

Nationaler und harmonisierter Preisindex in Deutschland

Veränderungen gegen Vorjahr in %

Zeit	nationaler Preisindex 1)	harmonisierter Preisindex 2)
1996	1,4	1,2
1997	1,9	1,5
1998	1,0	0,6
1999	0,6	0,7
1. Vj. 2000	1,7	2,0

1 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Da in der ersten Zeit nach der Einführung des HVPI noch nicht alle Spielregeln für alle Güter gleichermaßen erfüllt werden konnten, wurde der Umfang der Erfassung zunächst begrenzt. Im Falle Deutschlands waren im Vergleich zum nationalen Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte anfangs 85 % einbezogen. Der Repräsentationsgrad ist inzwischen in mehreren Schritten erhöht worden; er erreicht nach der Aufnahme weiterer wichtiger Gesundheitsdienstleistungen Ende 1999 nunmehr fast 90 %. Noch nicht gelöst ist die indexadäquate Berücksichtigung des eigengenutzten Wohneigentums.

Mit der Ausweitung des Erfassungsgrades verringerten sich auch die Unterschiede zwischen dem HVPI und der nationalen Preisstatistik. Lag beispielsweise die jahresdurchschnittliche Teuerung im Jahr 1997 nach dem HVPI in Deutschland mit 1,5 % noch um fast einen halben Prozentpunkt unter der nationalen Rate, so verringerte sich die Differenz 1999 auf lediglich noch 0,1 Prozentpunkt.

stete, bis Mitte April deutlich zurückgegangen. Kurzfristig waren die Notierungen sogar leicht unter 21 US-\$ gesunken. Bei Abschluss dieses Berichts wurde das Barrel aber wieder mit rund 29 ½ US-\$ gehandelt. Die anhaltenden Schwankungen sind zu einem guten Teil auf Unsicherheiten an den Märkten über die Förderpolitik der OPEC-Länder zurückzuführen. Einerseits haben diese zwar eine Ausweitung der Produktion zugesagt, andererseits sollen die Preise aber nicht erneut so drastisch fallen wie 1999. Gleichzeitig steigt die Nachfrage im Zuge der internationalen Konjunkturbelebung. Die Spotmarktnotierungen für Benzin und Heizöl an dem für Europa wichtigen Markt in Rotterdam haben bisher die Preisbewegungen bei Rohöl nur teilweise nachvollzogen.

*Lohnrunde
2000*

Die bislang vorliegenden Tarifabschlüsse in der diesjährigen Lohnrunde sind niedriger ausgefallen als im letzten Jahr. Damit kehrten die Sozialpartner insgesamt betrachtet auf die früher verfolgte Grundlinie moderater Tarifanhebungen zurück. Dies bedeutet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des günstigen Preisklimas, sondern auch zur Verbesserung der Beschäftigung. Die Lohnstückkosten dürften insgesamt betrachtet im Jahr 2000 spürbar zurückgehen. Damit wird ein deutliches Gegengewicht zur Verteuerung importierter Rohstoffe und Energieprodukte gesetzt. Die Gesamtkostenbelastung der Unternehmen dürfte sich alles in allem wohl nicht verschlechtern, so dass auch von dieser Seite her die Investitionsbedingungen günstiger geworden sind. Bei den gesamtwirtschaftlich angemessenen Lohnabschlüssen mag ebenfalls eine Rolle gespielt haben, dass

die Sozialpartner bestrebt waren, die Erklärung des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit vom 9. Januar 2000 für eine beschäftigungsfördernde und längerfristige Tarifpolitik in konkrete Vereinbarungen umzusetzen. Dies spiegelt sich auch in den längeren Laufzeiten der Tarifabschlüsse wider, die den Unternehmen mehr Planungssicherheit verschaffen. Fraglich ist allerdings, ob die erweiterten Regelungen zur Altersteilzeit dem Problembefund am Arbeitsmarkt gerecht werden. Auf längere Sicht gesehen sind hierdurch gewisse Kostenvorbelastungen für die Unternehmen zu erwarten, obgleich sich diese im Augenblick kaum quantifizieren lassen. Die Arbeitszeitverkürzung für Ältere ist gesamtwirtschaftlich betrachtet eine Umverteilungsmaßnahme zu Gunsten der Jüngeren, wohl aber kein Beitrag zur Stärkung der Gesamtbeschäftigung. Soll die hierdurch induzierte Verkürzung des Erwerbslebens nicht Wachstumspotenziale schmälern, bedarf es einer flexiblen Handhabung dieses Instruments.

Richtungsweisend für die Lohnrunde 2000 war der Tarifabschluss in der westdeutschen Chemischen Industrie. Bei einer vereinbarten Laufzeit von 21 Monaten einigten sich die Sozialpartner im Ergebnis auf eine Anhebung der Tarifvergütungen in zwei Stufen, und zwar zum 1. Juni 2000 um 2,2 % und zum 1. Juni 2001 um 2,0 %. Weitere Kosten entstehen für die Unternehmen durch die Verbesserungen der Altersteilzeitregelungen, und hier insbesondere durch die Abfindungen zur Abfederung der Rentenabschläge am Ende der Altersteilzeit. Unter Einschluss der Kosten für die ebenfalls verabredete Auswei-

*Abschluss
Chemische
Industrie*

tung der zusätzlichen Altersvorsorge, die insbesondere den jüngeren Mitarbeitern eine kapitalgedeckte Zusatzversorgung ermöglichen soll, dürfte das Volumen des Abschlusses umgerechnet auf Zwölfmonatsbasis nicht ganz 3 % betragen. Darüber hinaus wurde in der Chemiebranche eine Öffnungsklausel zur Sicherung der Beschäftigung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eingeführt. Sie erlaubt es, die Chemietarife an das Niveau konkurrierender Vereinbarungen anzupassen oder firmenbezogen abzuschließen. Für die ostdeutschen Arbeitnehmer wurde eine weitere Angleichung an die entsprechenden westdeutschen Grundverdienste vereinbart. Jeweils zum 1. Juli dieses und nächsten Jahres steigen die Tariflöhne und -gehälter um 2,8 %. Ab Januar 2001 werden außerdem vermögenswirksame Leistungen in Höhe von 312 DM gewährt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 22 Monaten.

*Metall- und
Elektroindustrie*

In der Metall- und Elektroindustrie einigten sich die Sozialpartner auf einen zweijährigen Tarifvertrag, der für west- und ostdeutsche Arbeitnehmer eine Erhöhung der Tarifverdienste zum 1. Mai 2000 um 3,0 % und eine weitere Anhebung zum 1. Mai 2001 um 2,1 % vorsieht. Unter Einschluss der Pauschalzahlungen für März und April 2000 beträgt das Volumen der „Lohnkomponente“ auf ein Jahr gerechnet $2\frac{3}{4}$ %. Hinzu kommen – wie in der Chemischen Industrie – zusätzliche

Kostenkomponenten durch die künftige Ausweitung der Altersteilzeitregelungen und ab Mai 2001 in den neuen Bundesländern die stufenweise Einführung vermögenswirksamer Leistungen.

Baugewerbe

Im westdeutschen Baugewerbe wurde ebenfalls ein Tarifvertrag über eine Laufzeit von zwei Jahren abgeschlossen. Mit einer Anhebung der Tarifentgelte um 2,0 % in diesem Jahr und 1,6 % im nächsten Jahr blieben die Erhöhungen hinter denen in anderen Wirtschaftszweigen zurück, fallen aber angesichts der weiterhin schwierigen Gesamtlage in dieser Branche nicht gering aus. Dem Beispiel in der Chemiebranche folgend, wird ab 2001 durch Aufstockung und Umwandlung der bisherigen vermögenswirksamen Leistungen auf freiwilliger Basis eine kapitalgedeckte Zusatzrente eingeführt. Im Hinblick auf die tarifvertraglichen Regelungen zur neu eingeführten Altersteilzeit für Bauarbeiter gelten die gesetzlichen Mindeststandards. Die Tarifparteien streben darüber hinaus an, den gesetzlichen Mindestlohn am Bau zum 1. September im gleichen Umfang wie die Löhne und Gehälter anzuheben. Für das ostdeutsche Baugewerbe sieht der Schlichterspruch vor, die Tariflöhne in diesem Jahr unverändert zu lassen und ab 1. April 2001 um 1,4 % zu erhöhen. Für den Mindestlohn enthält der Vorschlag die gleichen Anpassungssätze wie in der westdeutschen Bauwirtschaft.